

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Jan Mücke,
Patrick Döring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/9095 –**

Keine Sperrung der Inntal-Autobahn für Lkw-Transitverkehre

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich bei der Europäischen Kommission nachdrücklich dafür einzusetzen, gegen die zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene Verordnung des österreichischen Bundeslandes Tirol für ein sektorales Lkw-Fahrverbot auf der Inntal-Autobahn (A 12) vorzugehen und die Unvereinbarkeit mit dem EU-Recht feststellen zu lassen. Zudem solle hierzu erforderlichenfalls eine neue Klage beim Europäischen Gerichtshof eingebracht werden und vorläufiger Rechtsschutz solle durch einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung beim Europäischen Gerichtshof sichergestellt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9095 abzulehnen.

Berlin, den 12. November 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Wilhelm Josef Sebastian
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Wilhelm Josef Sebastian

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9095** in seiner 169. Sitzung am 19. Juni 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich bei der Europäischen Kommission nachdrücklich dafür einzusetzen, gegen die zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene Verordnung des österreichischen Bundeslandes Tirol für ein sektorales Lkw-Fahrverbot auf der Inntal-Autobahn (A 12) vorzugehen und die Unvereinbarkeit mit dem EU-Recht feststellen zu lassen. Zudem solle hierzu erforderlichenfalls eine neue Klage beim Europäischen Gerichtshof eingebracht werden und vorläufiger Rechtsschutz solle durch einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung beim Europäischen Gerichtshof sichergestellt werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/9095 in seiner 69. Sitzung am 24. September 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, ihn abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

In seiner 69. Sitzung am 24. September 2008 bat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Bundesregierung, ihm einen Bericht zu der Thematik des Antrags zu übermitteln. Dieser wurde mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 16. Oktober 2008 übermittelt (**Ausschussdrucksache 16(15)1281**).

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/9480 in seiner 73. Sitzung am 12. November 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, durch das sektorale Fahrverbot auf der Inntal-Autobahn ergebe sich eine erhebliche Belastung für den Transitverkehr. Man dürfe bei den Bemühungen nicht nachlassen, dieses Problem schnell zu lösen. Im Augenblick sehe sie aber keine Möglichkeit, mit Maßnahmen, welche über die eingeleiteten Schritte hinausgingen, eine Änderung der Situation zu erreichen. Daher lehne sie den Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** vertrat die Auffassung, es reiche nicht aus, gegen das sektorale Fahrverbot zu klagen, sondern man müsse auch einstweiligen Rechtsschutz in Anspruch nehmen, um zu verhindern, dass die zum 1. Januar 2009 vorgesehene Erweiterung des Fahrverbots umgesetzt werde. Bis der Europäische Gerichtshof in der Hauptsache entscheide, werde es mehrere Jahre dauern.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9095 abzulehnen.

Berlin, den 12. November 2008

Wilhelm Josef Sebastian
Berichtersteller

